

Niger: Frontex-Vertretung und maßgeschneidertes Migrationsregime nach EU-Zuschnitt

Der Sahelstaat Niger zählt nach Human Development Index zu den ärmsten bzw. arm gemachten Ländern der Welt. Gleichzeitig investieren die EU-Staaten im Rahmen von Kooperationsabkommen zur Migrationskontrolle Milliarden von Euro im Niger, da einige der wichtigsten Sahel-Sahara-Transitrouten durch das Land führen. Nicht zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, sondern zur Aufrüstung der Migrationskontrolle. Mit tödlichen Folgen: Verschärfte Präsenz von Kontrollposten und Patrouillen auf den Reiserouten durch die Wüste führen dazu, dass Fahrer, die Migrant*innen transportieren, auf die abgelegensten und gefährlichsten Routen ausweichen, wo oftmals Menschen dem Tod preisgegeben sind, wenn Fahrzeuge in der Wüste liegenbleiben. Auch Frontex betreibt ein Büro in der nigrischen Hauptstadt Niamey, zunächst mit „beratender Funktion“ für die nigrische Migrationspolitik. In Folge von „Beratung“ durch europäische Akteur*innen wurde im Niger u.a. das Anti-„Schlepperei“-Gesetz 036-2015 eingeführt, das Transporte und andere Dienstleistungen für Migrant*innen kriminalisiert. Ein Gesetz, das zahlreiche nigrische Bürger*innen ins Gefängnis gebracht und ihrer Existenzgrundlagen beraubt hat und durch den Verfolgungsdruck zusätzlich die Gefahr auf den Migrationsrouten verschärft hat.



Abgeschobene werden am „Point Zéro“ 15-20 km vom Grenzposten in Assamakka in der Wüste ausgesetzt und müssen sich unter Lebensgefahr zu Fuß durchschlagen.



Bilder der letzten Abschiebungen von Algerien nach Niger am 08.12.2021 und 10.12.2021



Grab eines sudanesischen Migranten, der nach der Abschiebung am 10.12.2021 am „Point Zéro“ in der Wüste an der algerisch-nigrischen Grenze bei Assamaka verstorben ist